Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik

Herausgeber: Widerspruch

Band: 17 (1997)

Heft: 34

Artikel: Die SPD - ratlos zwischen Angebots- und Nachfragepolitik : zur Kritik der neuen wirtschaftspolitischen Konzepte von Schröder und Lafontaine

Autor: Wendl, Michael

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652425

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Michael Wendl

Die SPD – ratlos zwischen Angebots- und Nachfragepolitik

Zur Kritik der neuen wirtschaftspolitischen Konzepte von Schröder und Lafontaine

Zum zweiten Mal nach dem Regierungswechsel 1982 führt die SPD eine wirtschaftspolitische Diskussion. Zwei bemerkenswerte Unterschiede gegenüber der Zeitspanne 1984 – 86, der Phase der ersten wirtschaftspolitischen Debatte in der SPD, fallen mir als einem der Beteiligten an der ersten Programmdebatte auf. Einmal werden die Kontroversen nicht mehr unter den sozialdemokratischen Wirtschaftsexperten,[1] sondern zwischen den beiden Kanzlerkandidaten, Gerhard Schröder und Oskar Lafontaine [2] ausgetragen. Zum andern findet die aktuelle Auseinandersetzung *im* ordnungspolitischen Rahmen der sozialen Marktwirtschaft statt. Die in den 80er Jahren noch diskutierten kapitalismuskritischen Strategien und Sichtweisen einer Politik des „Keynes plus" oder eines ökologisch begründeten qualitativen Wachstums, also Konzepte, die im Kern auf eine politische Steuerung von Marktprozessen zielen, spielen in der heutigen Diskussion keine Rolle mehr. Der Beitrag der SPD-Linken in dieser Diskussion besteht zur Zeit in der Aktualisierung einer keynesianischen antizyklischen Finanzpolitik.

I. Schröders sozialdemokratische Modernisierungs- und Reformpolitik (vgl. Die Zeit v. 19.9.97) ist strikt am Kanon der neoklassischen Doktrin orientiert. Er distanziert sich zwar vom „Irrweg der konservativen Ideologien, dem Anpassungszwang einer globalisierten Ökonomie durch Abbau der Arbeits- und sozialen Beziehungen zu genügen" und verwendet mit Blick auf eine s.E. notwendige kritische Korrektur der sozialen Verhältnisse in Großbritannien und USA die Formel einer „Synthese von hochmoderner Ökonomie und sozialer Integration"; aber die auf eine tatsächliche soziale Integration zielenden Vorschläge sind bloß aufgesetzt. Ausgangspunkte seines Wirtschaftskonzeptes sind die Grundannahmen der neoklassischen Gleichgewichtstheorie: Die Reallöhne sind zu hoch. In der Schröderschen Fassung: „Der Faktor Arbeit ist bei uns zu teuer gemacht worden. Deshalb werden wir in enger Abstimmung mit den Tarifvertragsparteien eine Kostenentlastung des Faktors Arbeit herbeiführen und zwar in erster Linie *zugunsten* der unteren Qualifikations- und Einkommensgruppen." Daß eine Lohnsenkung zugunsten der Beschäftigten wirke, ist das zentrale Grunddogma der neoklassischen Lehre. Die darauf basierende Sicht des Zusammenhangs von Lohnhöhe und Beschäftigung lautet folgendermaßen: „Arbeitslosigkeit bedeutet, daß die Arbeitsnachfrage kleiner ist als das Arbeitsangebot. In der ökonomischen Theorie kann dies zunächst gar nicht anders interpretiert werden, als daß der herrschende Reallohn höher sein wird als

der Gleichgewichtslohn, bei dem Vollbeschäftigung herrscht; denn wenn der Reallohn höher liegt als im Gleichgewicht, wird weniger Arbeit nachgefragt (und vielleicht sogar gleichzeitig mehr angeboten). Die ökonomische Theorie zeigt, daß es unter Konkurrenzbedingungen immer ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt gibt, was nichts anderes heißt, als daß Vollbeschäftigung möglich ist. Anders ausgedrückt: Es gibt einen Reallohn, der Angebot und Nachfrage ausgleicht. Zwar wäre es theoretisch denkbar, daß dieser Gleichgewichtslohn unter dem Subsistenzminimum liegt; aber wir haben in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften bisher trotz Massenarbeitslosigkeit keinen Grund anzunehmen, daß dies der Fall ist."[3]

Keynes hat das aus dieser Sicht resultierende Modell eines Vollbeschäftigungs-Gleichgewichts dahingehend kritisiert, daß die vorgenommenen Lohnsenkungen über den dadurch ausgelösten Nachfragerückgang zu einer Ausweitung der Arbeitslosigkeit – oder anders formuliert: zu einem Unterbeschäftigungs-Gleichgewicht – führen. Kennzeichnend für die gesamte Schrödersche Argumentation ist, daß er einerseits diese traditionelle Kritik an der neoklassischen Doktrin nicht in Betracht zieht, andererseits die vorliegenden empirischen Untersuchungen über die relativ niedrigen westdeutschen Lohnstückkosten ignoriert.[4] Die herausragende internationale Wettbewerbsposition Deutschlands wird heute überhaupt nicht mehr bestritten. So schreiben die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten 1997: „Seit Mitte 1996 steigt die deutsche Ausfuhr kräftig; in diesem Jahr hat sich ein regelrechter Boom herausgebildet. Bei insgesamt deutlich aufwärtsgerichteter Weltkonjunktur erhält der Export spürbare Impulse durch die Abwertung der DM. Zudem haben die Rationalisierungsmaßnahmen in der Industrie sowie die moderaten Lohnabschlüsse in den vergangenen Jahren einen nicht unerheblichen Rückgang der Lohnstückkosten ermöglicht. Beides hat die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Anbieter deutlich verbessert; zugleich konnten sie bei steigenden Ausfuhrpreisen ihre Rentabilität im Auslandsgeschäft erheblich steigern und Weltmarktanteile hinzugewinnen." (DIW-Wochenbericht 44/97, S. 819 f.)

An dieser Blindheit gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen liegt es wohl, daß Schröder im wesentlichen die bekannten Unternehmerklagen über die hohen Steuern und den für Investitionskapital ungünstigen Standort Deutschland nachbetet. Durch Lohnsenkungen, Steuersenkung und die steuerliche Förderung von Investitionen soll die internationale Wettbewerbsposition weiter ausgebaut werden. Mit dieser wirtschafts- und verteilungspolitischen Strategie sind eine Reihe von Problemen verbunden. Zum einen wird dadurch die deflationäre Politik eines verschärften Standortwettbewerbs fortgesetzt. Das Festhalten an und die weitere Verallgemeinerung einer restriktiven Finanzpolitik in Verbindung mit Tarifabschlüssen deutlich unterhalb des gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsanstiegs werden die Schwäche der Binnenmärkte vertiefen und damit die Massenarbeitslosigkeit erhöhen. Andererseits wird die beabsichtigte weitere Umschichtung des Steueraufkommens von den direkten zu den indirekten Steuern bei

stagnierendem oder rückläufigem Konsum das Steueraufkommen weiter verringern, den Druck der Staatsverschuldung auf die öffentlichen Haushalte verschärfen und die Spielräume für öffentliche Investitionen weiter einschränken. Faktisch plädiert Schröder für die Forcierung der bisherigen „beggar my neighbour"-Politik Deutschlands. Das spezifisch sozialdemokratische Element in diesem Konzept kann nur die geplante Subventionierung niedriger Arbeitseinkommen durch eine negative Einkommenssteuer[5] bringen. Dieser Vorschlag stammt aus dem ökonomischen Repertoire der Chicago-Schule.[6]

In die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Debatte ist diese Idee durch Fritz W. Scharpf eingeführt worden.[7] Das attraktive Element dieses Vorschlags liegt offensichtlich in der Kombination von Marktdominanz und sozialem Ausgleich. Mit der Strategie der Ausweitung des Niedriglohnsektors wird dem neoklassischen Lohnmodell gefolgt. Der sinkende Lohn wird zum markträumenden Gleichgewichtslohn, er fällt entgegen der Annahme Wilfried Vogts in vielen Fällen unter das Existenzminimum und wird durch öffentliche Zuschüsse mindestens auf ein existenzsicherndes Niveau angehoben. (in: Hickel 1986, vgl. Anm. 3). Die Schlichtheit des neoklassischen Modells entwickelt ein hohes Maß an Faszination und Attraktivität, verstärkt noch durch die Tatsache, daß der Niedriglohnsektor sich ausdehnt. Damit entfiele für die Gewerkschaften die schwierige Aufgabe, in den gewerkschaftlich schlecht organisierten und kleinbetrieblichen Strukturen des privaten Dienstleistungssektors für akzeptable Löhne und Arbeitsbedingungen kämpfen zu müssen. Eine politische Folge dieser Niedrig-Lohn-Strategie wird die Demütigung und weitere Entpolitisierung der Niedrig-Lohn-Beschäftigten sein. Über die klassische Gleichsetzung des Lohns mit dem Preis der Arbeit wird auch der soziale Wert der Arbeit definiert. Niedrig-Lohn-Verhältnisse führen zur Herausbildung einer Unterklassen-Mentalität und zur politischen Passivität.[8]

II. Lafontaine distanziert sich ebenfalls von konservativer Wirtschaftspolitik. Aber im Unterschied zu Schröder, dessen wirtschaftspolitische Vorschläge sich ausschließlich in Denkmodellen der Neoklassik bewegen, formuliert Lafontaine wirkliche Kritik. „Die einseitige Angebotspolitik der Konservativen ist gescheitert. Die konservative Wirtschaftsideologie ignoriert den fundamentalen ökonomischen Zusammenhang von Angebot und Nachfrage. Der Arbeitslohn ist nicht nur Kostenfaktor – in seiner Form als kaufkräftige Nachfrage ist der Lohn auch eine entscheidende Größe für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft. Eine Politik des permanenten Lohndrucks untergräbt die ökonomische Basis der Volkswirtschaft." (FR v. 16.10.97) Lafontaine plädiert für eine Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik. Zur Angebotspolitik rechnet er die aus seiner Sicht notwendige Senkung der Lohnnebenkosten, zur Nachfragepolitik die ebenfalls notwendige steuerliche Entlastung der Arbeitnehmerfamilien. An diesen zentralen Forderungen läßt sich zeigen, daß Lafontaines Unterscheidung von Angebots- und Nachfragepolitik makroökonomisch gesehen

nicht fundiert ist; er sieht Angebots- und Nachfragebedingungen unter dem einzelwirtschaftlichen Blickwinkel und gerade nicht in einem makroökonomischen Zusammenhang. In der Größe der Lohnstückkosten wird das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit pro Stunde ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt, also zur gesamten inländischen Wertschöpfung gesetzt.

Wenn, wie die Untersuchungen des DIW und des Ifo-Institutes ergeben haben (1995/96), die westdeutschen Lohnstückkosten im internationalen Maßstab unterdurchschnittlich gestiegen sind und die westdeutsche Wettbewerbsposition auf dem EG-Binnenmarkt zu ausgeprägt ist, bedeutet dies, daß ein zusätzliches Senken der Lohnstückkosten die relativ überlegene Wettbewerbsposition zusätzlich stärkt und damit Abwertungen provoziert bzw. unter den Bedingungen einer gemeinsamen europäischen Währung einen verstärkten Arbeitskostendruck in den Ländern mit niedriger Produktivität und daher höheren Lohnstückkosten auslöst.[9] Anders formuliert: Wenn die Lohnstückkosten zu niedrig sind, können die Lohnnebenkosten nicht zu hoch sein. Wenn Lafontaine aus Nachfragegründen die Rückkehr zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik fordert, beinhaltet dies einen Anstieg der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in der Grössenordnung von mindestens 5 Prozent. Durch Senkung eines bestimmten Teils dieser Einkommensgröße die Angebotsbedingungen verbessern zu wollen, die gleichzeitig wegen der Stimulierung der Nachfrage verschlechtert werden müssen, macht nur einen Sinn, wenn die völlig irreale Auffassung vertreten wird, daß die Lohnnebenkosten nicht in die konsumtive Nachfrage eingehen. Die Lohnnebenkosten sind einerseits tarifvertraglich geregelte Einkommensleistungen, andererseits gesetzlich geregelte Sozialbeiträge, die wiederum als Sozialeinkommen, also als Renten, Arbeitslosenunterstützungen, Krankengelder und Gesundheitsleistungen in den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß eingehen. Jede Kürzung der Lohnnebenkosten wirkt daher als Kürzung der konsumtiven Nachfrage. *Senkung der Lohnnebenkosten und gleichzeitiger Anstieg der Löhne zur Stimulierung der konsumtiven Nachfrage wirken daher gegenläufig.*

Lafontaines „Doppelstrategie", eine Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik, basiert daher einmal auf der Nichtberücksichtigung makroökonomischer Zusammenhänge; zum zweiten verwechselt er Angebotspolitik mit der von ihm noch nicht überwundenen mikroökonomischen Sichtweise. In einer Situation, in der durch eine einseitige Angebotsorientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik die Nachfrageseite systematisch vernachlässigt wurde, ist es eine Illusion zu meinen, die gesamtwirtschaftlich notwendige Stärkung der Nachfragesituation mit einer gleichzeitigen Verbesserung der Angebotsbedingungen kombinieren zu können. Lafontaine kommt zu dieser Kombination, weil er die mikroökonomische Sicht auf den durch hohe Sozialbeiträge vermeintlich zu teuren Faktor Arbeit mit der richtigen Erkenntnis vermengt, daß gesamtwirtschaftlich die Bruttoarbeitseinkommen mit der Entwicklung der Wertschöpfung nicht mithalten können. Wenn gesamtwirtschaftlich die Arbeitseinkommen im Rahmen des

Zuwachses der Arbeitsproduktivität wieder steigen, bedeutet dies, daß der Fall der Bruttolohnquote aufgehalten wird. Einzelwirtschaftlich gesehen, steigen dadurch die Arbeitskosten. Wenn deren Anstieg wiederum durch Senkung der Lohnnebenkosten kompensiert werden solle, sinkt wiederum die kaufkräftige Nachfrage. Anders gesagt: Senkung der Lohnnebenkosten und Rückkehr zur produktivitätsorientierten Lohnpolitik schließen sich gegenseitig aus.

Lafontaine behauptet damit, daß in der einzelwirtschaftlichen Sicht die Löhne zu hoch, in der gesamtwirtschaftlichen Sicht aber zu niedrig seien. Diese Konfusion kann nur dadurch erklärt werden, daß ihm die verteilungstheoretische Zuordnung der sog. Lohnnebenkosten nicht geläufig ist. Dieser Widerspruch läßt sich nur durch Unkenntnis fundamentaler makroökonomischer Zusammenhänge erklären. Lafontaines Kritik der bisherigen Angebotspolitik gilt daher auch für ihn selbst. Auch er ist nicht gewillt, den fundamentalen Zusammenhang von Bruttolöhnen und konsumtiver Nachfrage gelten zu lassen. So schein er zu meinen, nur die Nettolöhne würden für die konsumtive Nachfrage wirksam werden. Daher auch die Forderung nach steuerlicher Entlastung der Arbeitnehmereinkommen. Aber auch die Steuern gehen über die öffentliche Nachfrage in den gesamtwirtschaftlichen Reproduktionsprozeß ein. Der Unterschied zwischen der Nachfragewirkung von Netto- und Bruttoeinkommen liegt im wesentlichen darin, daß die Nachfrage aus den Nettoeinkommen auf privatwirtschaftlich angebotene Güter und Dienstleistungen zielt, während die Nachfrage von aus Steuern und Sozialbeiträgen finanzierten Einkommen und Leistungen nur zum Teil auf privat erzeugte Güter und Dienstleistungen (Konsum der Sozialeinkommen) zielt, zum anderen Teil Konsum öffentlicher Dienste darstellt.

Im Anstieg der sog. Lohnnebenkosten zeigt sich die steigende Unfähigkeit kapitalistischer Wirtschaftssysteme, den Beschäftigungsgrad hoch zu halten. Mit den steigenden Sozialversicherungsbeiträgen wird ein relativ wachsender Anteil von Nichterwerbstätigen an der Gesamtarbeitsbevölkerung durch die sozialversicherungspflichtigen abhängig Beschäftigten finanziert. Die abhängig Beschäftigten müssen wissen, daß alle Maßnahmen der Lebensarbeitszeitverkürzung (Vorruhestand, Altersteilzeit) zum Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge, anders gesagt: zu steigenden Lohnnebenkosten führen werden. Im Kern beinhaltet das Verhältnis von Brutto- zum Nettolohn nur das Verhältnis von Individual- zum Soziallohn. Mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen finanzieren die abhängig Beschäftigten die Sozialeinkommen der Nichterwerbstätigen. Steigende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge markieren eine steigende Umverteilung in der Klasse der abhängig Beschäftigten. Der Anstieg dieses Soziallohns war aber makroökonomisch gesehen so niedrig, daß die Lohnstückkosten im internationalen Vergleich nur unterdurchschnittlich gestiegen sind. Wären die Unternehmen von der hälftigen Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge befreit worden, wäre die Lohnquote noch deutlicher gesunken, d. h. die verteilungspolitische Bilanz hätte sich noch dramatischer zulasten der abhängig Beschäftigten verschlechtert. Die Bilanz der

gewerkschaftlichen Tarifpolitik 1994 – 97 wäre daher noch schlechter, wenn über den Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge die Bruttoarbeitseinkommen nicht zusätzlich gestiegen wären. Lafontaines wirtschaftspolitisches Konzept einer Doppelstrategie von Angebots- und Nachfragepolitik mag auf den ersten Blick interessant klingen, ist aber in sich widersprüchlich.

III. Wenn wir die wirtschaftspolitischen Konzepte von Schröder und Lafontaine vergleichen, so springt ein zentraler Gegensatz ins Auge: Während Schröders Ausgangspunkt die zu hohen Kosten des Faktors Arbeit sind, so geht Lafontaine von einer Nachfrageschwäche durch den zu hohen Druck auf die Löhne aus. Diesen Gegensatz finden wir ebenso im bereits zitierten Herbstgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute. Die Mehrheitsinstitute begründen ihre Auffassung, daß es weiterhin bei moderaten Lohnabschlüssen bleiben soll, ausschließlich angebotspolitisch. „Die Rahmenbedingungen für Investitionen sind weiterhin günstig. Das Zinsniveau wird selbst bei einem geringfügigen Anstieg niedrig bleiben, so daß von dieser Seite im kommenden Jahr kein dämpfender Einfluß auf die Investitionsneigung ausgehen dürfte. Die Absatzperspektiven haben sich spürbar aufgehellt, auch im Inland. Bei steigender Kapazitätsauslastung und moderaten Lohnabschlüssen werden die Lohnstückkosten nochmals leicht zurückgehen, und die Ertragslage der Unternehmen wird sich erneut verbessern; damit werden Sachanlagen gegenüber Finanzanlagen weiter an Attraktivität gewinnen." (DIW-Wohnbericht 44/97 S. 820)

Der Kern der Argumentation besteht darin, daß durch die relativ höhere Rendite der Sachanlagen gegenüber den Finanzanlagen, die Realkapitalanlage gestärkt wird. Der Hinweis auf die Nachfrageseite, also auf verbesserte Absatzbedingungen, ist bloß rhetorisch und inhaltlich nicht begründet. Dahinter steht das klassische Axiom des Sayschen Theorems, daß die Ausweitung der Produktion sich die eigene Nachfrage selbst schaffe. Diese Annahme ist theoretisch oft kritisiert und empirisch falsifiziert worden, aber das interessiert die Mehrheitsinstitute nicht. Im Gegenteil wird die Auffassung vertreten, daß der relative Rückgang der Löhne noch durch eine starke Differenzierung der Löhne nach unten verstärkt werden muß. Nach wie vor hält die Mehrheitsposition strikt an der neoklassischen Lohntheorie fest. „Der Reallohn entscheidet als Preis des Faktors Arbeit darüber, ob der Arbeitsmarkt 'geräumt' oder ob Arbeitslosigkeit besteht; über die Faktorpreisrelation (Reallohn im Vergleich zu den realen Kapitalkosten) hat er Auswirkungen auf die Substitution von Arbeit und Kapital." (DIW-Wochenbericht 44/97 S. 841)

Hier zeigt sich sehr deutlich der Charakter der Neoklassik als Theorie einer „Tauschökonomie", also einer Sicht, die ökonomische Prozesse generell als Tauschvorgang interpretiert. Die neoklassische Doktrin kommt zu diesem Verständnis kapitalistischer Ökonomie als einer Tauschwirtschaft, weil in ihrer Sicht die Kombination und Allokation der Produktionsfaktoren aus dem Vergleich der jeweiligen Faktorenpreise erfolgt. Wird der

Faktor Kapital relativ billiger als der Faktor Arbeit, wird stärker Kapital bei der Kombination der Produktionsfaktoren eingesetzt und umgekehrt. Dem dynamischen Charakter einer kapitalistischen Wachstumswirtschaft wird durch diese Sichtweise überhaupt nicht Rechnung getragen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vertritt in dieser Frage der Lohnpolitik eine dezidiert andere Auffassung. „Der Versuch eines Landes, durch nominale Lohnabschlüsse, die unterhalb des erwarteten nationalen Produktivitätszuwachses und der europäischen Zielinflationsrate liegen, die eigene Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, bedeutet einen durch nationalen Verzicht, nicht aber durch unternehmerische Innovation errungenen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Handelspartnern." (1995, 850)

Mit einer solchen Politik des „beggar my neighbour" würden die Handelspartner gezwungen, entweder ihre Währungen abzuwerten oder mit noch größerer Lohnzurückhaltung zu reagieren. Damit werden aber die Wachstumschancen, die die europäische Währungsunion eröffnen könnte, vertan. Anders als die Mehrheitsinstitute sieht das DIW die zentrale Funktion der Löhne für die Nachfrageentwicklung und bewertet diese positiv, solange die Lohnerhöhungen die Summe aus Produktivitätszuwachs und Zielinflationsrate nicht übersteigen. In Deutschland bleibt die Lohnpolitik mit nominalen Lohnzuwächsen von durchschnittlich 1 Prozent weit unterhalb dieses Verteilungsspielraums. Aus dieser Analyse wird der Schluß gezogen, daß „allein eine Strategie, bei der die europäische Geldpolitik im Verein mit einer am Produktivitätstrend und der Zielinflationsrate orientierten Lohnpolitik die Bedingungen für eine langanhaltende Investitionsdynamik schafft", erfolgversprechend ist (1995, 851). Diese an der keynesianischen Theorie orientierte Argumentation des DIW ist dem Charakter der kapitalistischen Ökonomie als einer dynamischen Wachstumswirtschaft erheblich angemessener als die irreale Modellwelt der neoklassischen Doktrin.[10]

Kennzeichnend für die gegenwärtige wirtschafts- und auch tarifpolitische Auseinandersetzung bei SPD und Gewerkschaften ist der Status der politischen Neutralität, den die neoklassische Doktrin inzwischen erreicht hat. Auch sozialdemokratische Wirtschaftsexperten und gewerkschaftliche Tarifpolitiker argumentieren heute explizit neoklassisch.[11] Das liegt daran, daß in zunehmend international verflochtenen nationalen Ökonomien die Strategien der Lohnsenkung und Arbeitszeitflexibilisierung jeweils günstigere nationale, regionale, lokale, aber auch betriebliche Standorte für Investitionen ermöglichen. In einer internationalen Konkurrenzwirtschaft wirkt jeder Wettbewerbsvorteil zunächst beschäftigungssichernd und zulasten konkurrierender Standorte. Wir haben es dann mit verschiedenen Ebenen von „beggar my neighbour"-Politik zu tun. Einmal mit der Ebene der nationalen Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik und der Tarifpolitik, zum anderen mit den Ebenen der Länder, Regionen, Kommunen und Unternehmen, auf denen jeweils um profitablere Standort- oder Verwertungsbedingungen konkurriert wird. In dieser „Konkurrenz aller gegen alle" fungiert die Anpassung der Arbeitskosten nach unten zunächst be-

schäftigungssichernd.[12] Gesamtwirtschaftlich gesehen, wird die Beschäftigungsbilanz durch diesen durch Konkurrenz erzwungenen Druck der Anpassung umso katastrophaler. Die mikroökonomische Sicht nimmt diese gesamtwirtschaftlichen Folgen aber völlig verdreht als noch nicht ausreichende Anpassung nach unten wahr. Das Gegenteil aber ist der Fall: „Beschäftigung wird abgebaut, wenn die Gesellschaft daran gehindert wird, die Früchte ihrer Anstrengungen (ihres Produktivitätsfortschritts also) in Form höherer Realeinkommen zu genießen." (DIW-Wohnbericht 27-28/97, 481)

IV. Schröders Wirtschaftskonzeption ist daher im Endeffekt nichts anderes als ein Stück Legitimationsideologie für eine völlig pragmatische Politik der Anpassung auf diesen verschiedenen Ebenen der Konkurrenz. Sie unterscheidet sich von der herrschenden neokonservativen Politik nur insofern, daß jetzt SPD-Politiker und Gewerkschaftssekretäre die Anpassungsprozesse moderieren. Wahrscheinlich kann man damit die Erwartung verknüpfen, daß mit mehr Gespür für die Notwendigkeit flankierender sozialer Maßnahmen im ökonomischen Umbruchprozess gearbeitet wird.

Lafontaine dagegen hat die ersten Umrisse einer keynesianisch orientierten Konzeption von Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgelegt. Seine Vorstellungen – er ist dem Mainstream seiner Partei an ökonomischer Kompetenz deutlich voraus – sind in sich aber widersprüchlich und nach dem Anspruch einer in sich konsistenten keynesianischen Theorie nicht ausreichend theoretisch fundiert. Sie können aber eine brauchbare Grundlage abgeben für eine weiterführende wirtschaftspolitische Debatte. Ob die SPD nach ihrem Parteitag anfangs Dezember in Hannover („Innovation und Gerechtigkeit") in der Lage ist, über Lafontaine hinaus – ihn also konzeptionell überholend – ein Konzept einer sozialen und keynesianisch fundierten Wirtschaftspolitik mehrheitsfähig zu machen, muß bezweifelt werden.

Für eine solche Diskussion gibt es gegenwärtig in Deutschland zwei Anknüpfungsmöglichkeiten- Zum einen arbeiten seit Ende der 70er kritische und gewerkschaftsnahe Wirtschaftswissenschaftler an Alternativen zur herrschenden Politikberatung des Sachverständigenrates. Auch 1997 wurde von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik ein Memorandum vorgelegt.[13] Zeitgleich haben die Vertreter des traditionellen Keynesianismus aus der sozialliberalen Ära eine ähnlich kritische Position bezogen.[14] Der entscheidende Ansatzpunkt liegt aber auf der europäischen Ebene. Weil Lafontaine ausdrücklich auf Distanz geht zur marktradikalen Politik des Standortwettbewerbs, kann ausgehend von seinen Überlegungen eine gemeinsame europäische Finanz-, Geld- und Beschäftigungspolitik entwickelt werden. Jede national orientierte keynesianische Politik – das zeigt die französische Erfahrung Anfang der 80er Jahre unter Mitterrand – ist zum Scheitern verurteilt, wenn die anderen Nationen an ihrer Deflationspolitik festhalten.

Anmerkungen

1 Zwischen 1984 und 1986 hat eine Kommission für Wirtschafts- und Finanzpolitik unter Vorsitz von Wolfgang Roth den Entwurf für ein neues wirtschaftspolitisches Programm, das auf dem Parteitag 1986 beschlossen wurde, erarbeitet. Der Autor dieses Beitrags war Mitglied dieser Kommission.

2 Gerhard Schröder: Eine echte Renaissance der sozialen Marktwirtschaft. Eckpunkte einer sozialdemokratischen Modernisierungs- und Reformpolitik. Die Zeit, Nr. 39 v. 19.9.97. Oskar Lafontaine: Preisfrage: Was ist das beste Konjunkturprogramm? Frankfurter Rundschau v. 16.10.97. Nicht näher gekennzeichnete Zitate sind aus diesen Publikationen.

3 Wilfried Vogt: Warum gibt es Massenarbeitslosigkeit? In: Rudolf Hickel (Hg.), Radikale Neoklassik, Opladen 1986.

4 Siehe dazu: R. Köddermann: Sind Löhne und Steuern zu hoch? Bemerkungen zur Standortdiskussion in Deutschland. In: Ifo-Schnelldienst, 20/1996; DIW: Hat Deutschland ein Standortproblem? In: DIW-Wochenbericht 38/95.

5 Negative Einkommenssteuer bedeutet, daß niedrige Arbeitseinkommen durch eine Transferzahlung des Finanzamtes aufgestockt werden. Dieses System wird in den USA bereits praktiziert.

6 Milton Friedman: Kapitalismus und Freiheit. Frankfurt/M., Berlin, Wien 1984, S. 245.

7 Fritz W. Scharpf: Negative Einkommenssteuer – Ein Programm gegen Ausgrenzung. Die Mitbestimmung 3/1994, S. 32. Zur Kritik siehe: Gerhard Bäcker/Walter Hanesch: Kombi-Lohn: Kein Schlüssel zum Abbau der Arbeitslosigkeit. WSI-Mitteilungen 10/1997, S. 701.

8 Ausgehend von den USA gibt es inzwischen eine breite sozialwissenschaftliche Debatte zur Problematik der Ausgrenzung einer sog. Unterklasse; s. Sebastian Herkommer: Das Konzept der „underclass" – brauchbar für Klassenanalysen oder ideologieverdächtig? Zeitschrift marxistische Erneuerung, Nr. 26, Juni 1996, Frankfurt/M.

9 Heiner Flassbeck: Und die Spielregeln für die Lohnpolitik in einer Währungsunion? Frankfurter Rundschau v. 31.10.97.

10 Der spannenden Frage, ob die ökonomischen Bedingungen für den Typus einer dynamischen Wachstumswirtschaft innerhalb der gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklung noch gegeben sind oder ob wir das von Keynes u. a. prognostizierte Spätstadium einer säkularen Stagnation bereits erreicht haben, kann hier nicht nachgegangen werden.

11 So haben DGB, Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) und die Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) auf die geplante Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge „klassisch neoklassisch" in einem gemeinsamen Brief an Kohl reagiert. „Bei einer weiteren Verteuerung des Faktors Arbeit durch eine erneute Erhöhung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Rahmenversicherung werden Arbeitsplätze gefährdet."

12 Auf dieser Ebene bewegen sich Schröder und der „Kopf hinter Schröder", sein wirtschaftspolitischer Berater, Alfred Tacke. Siehe Interview mit Alfred Tacke, Wirtschaftspolitik – eine Dienstleistung. Die Mitbestimmung 11/1997, s. 25.

13 Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik MEMORANDUM '97: Beschäftigungspolitik und gerechte Einkommensverteilung gegen soziale Zerstörung. Köln 1997.

14 Siehe Bußmann, Ludwig/Ehrenberg, Herbert u.a.: Wirtschafts- und finanzpolitische Strategien zur Verbesserung der Beschäftigungslage. In: WSI-Mitteilungen 1/1997, S. 65 ff. Anträge des linken Parteiflügels, staatliche Konjunkturprogramme, Investitionsprogramme zur sofortigen Schaffung von Arbeitsplätzen ins Wirtschaftsprogramm aufzunehmen, lehnte der Parteitag vom 2./3. 12. 1997 in Hannover ganz im Sinne Schröders ab. Vgl. R. Krämer, B.Mikfeld et al.: Politikwechsel oder „Innovation" à la Schröder? spw, Heft 95, Europa und die Linke, Dortmund 1997.